



Presseinformation

Nr. 230 / 2012

Kiel, Freitag, 1. Juni 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Justiz / JVA Flensburg

Carsten-Peter Brodersen: JVA Flensburg als Geschenk an den SSW

Zu den Planungen von SPD, Grünen und SSW, die Justizvollzugsanstalt (JVA) Flensburg fortzuführen, erklärt der Abgeordnete der FDP-Landtagsfraktion, **Carsten-Peter Brodersen**:

„Dass es nicht gewollt ist, eine sanierungsbedürftige Justizvollzugsanstalt zu schließen, beweist, wie wenig die linken Parteien bereit sind, unser Land vor dem finanziellen Kollaps zu retten. Die neue designierte Justizministerin, Anke Spoorendonk, zeigt schon vor Amtsantritt, dass sie sich nicht für die Weiterentwicklung des Justizstandortes interessiert, sondern es ihr nur um regionale Besitzstandswahrung geht. Unser Land braucht Strukturveränderungen, um die katastrophale Haushaltslage zu bewältigen.“

Gute Gründe sprechen dafür, die JVA Flensburg zu schließen: Erstens ist die JVA nicht notwendig, um die Standards im Justizvollzug zu halten. Auch die Sicherheitslage ist durch eine Schließung nicht betroffen. Zweitens würde es durch die Schließung jährlich zu strukturellen Einsparungen von rund einer Million Euro kommen. Das führt auch dazu, dass andere Polizei- und Vollzugsbereiche größere finanzielle Freiräume bekommen würden. Und drittens müssten bei einem Weiterbetrieb allein 12,4 Mio. Euro in die JVA Flensburg investiert werden, um nur die aus Sicherheitsgründen notwendigsten Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Und dass, obwohl der Bedarf gar nicht da ist. Es geht vielmehr darum, dem SSW ein Geschenk zu machen, der damit wiederum die eigenen Wähler beglücken kann.

Auch die Einwände, der Gerichtsstandort Flensburg sei gefährdet, sind nur Nebelkerzen und entbehren jeglicher Grundlage. Zumal der Gerichtsstandort Flensburg gerade erst im vergangenen Jahr durch die Zuständigkeitskonzentration bei Urheberrechtsstreitigkeiten durch den Justizminister Emil Schmalfuß gestärkt worden ist.“